

Einige schwarze Schafe

Geldwäscherei: Liechtenstein und Israel am Pranger - Schweiz nicht geprüft

NACHRICHTEN

EU will Drittstaaten Zinsen aufzwingen

BRÜSSEL: Die EU-Kommission hat den auf dem Gipfel in Feira ausgehandelten Zinssteuer-Kompromiss verteidigt. Die vereinbarte Einbeziehung von Nicht-EU-Staaten sei «nichts Erschreckendes», sagte ein Sprecher am Donnerstag in Brüssel. «Es ist normal, dass man die internationale Dimension beachtet», sagte er weiter. Frankreich hatte sich daran gestossen, dass das Inkrafttreten der angestrebten Richtlinie zur Besteuerung von Kapitalerträgen praktisch von der Einführung vergleichbarer Massnahmen in Drittstaaten wie der Schweiz und den USA abhängt. Vor allem Luxemburg hatte betont, es wolle dem angestrebten EU-weiten Austausch von Informationen über Kapitalanlagen nur zustimmen, wenn das Prinzip auch in der Schweiz angewendet werde. Die vereinbarten Verhandlungen mit Drittstaaten können frühestens im kommenden Jahr beginnen, sagte der Kommissions-Sprecher weiter. Zunächst müssten sich die Mitgliedstaaten auf Details der angestrebten Richtlinie einigen. Die EU-Staaten hatten die Kommission in Feira beauftragt, sich für gleichwertige Besteuerungsmassnahmen in diesen Ländern einzusetzen.

Auseinandersetzungen bei Streik in Paraguay

ASUNCION: Bei gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und streikenden Arbeitern sind am Donnerstag in Paraguay mindestens neun Menschen verletzt worden. Vier weitere wurden festgenommen. Unter den Verletzten seien sieben Arbeiter, die mit Schädelbrüchen und Prellungen in Spitälern gebracht worden seien, sagte der Präsident des Gewerkschaftsverbandes CUT, Alan Flores. Die Polizei berichtete von zwei verletzten Beamten. Zu den Zusammenstößen sei es gekommen, als die Polizei gegen Streikende vorgeing, die die wichtigsten Strassen in die Hauptstadt Asuncion blockierten. Der Proteststreik gegen geplante Privatisierungen sollte bis heute Freitag andauern.

Ja zur zweiten Röhre am Gotthard



BERN: Der Nationalrat will eine zweite Strassentunnelröhre am Gotthard. Mit 93 zu 86 Stimmen hiess er am Donnerstag eine Initiative gut, welche die sofortige Aufnahme der Planungsarbeiten verlangt. Vor allem im Kanton Uri wird der Entscheid bedauert. Die bürgerliche Ratsseite unterstützte die Initiative von Ulrich Giezendanner (SVP/AG) gegen den Willen der Kommission, die mit 13 zu 12 Stimmen Ablehnung empfohlen hatte. Der Bau käme laut Giezendanner 700 Millionen Franken zu stehen. Der Entscheid wurde jedoch bei weitem nicht von allen gutgeheissen. Vor allem für die Umwelt wurden zahlreiche Stimmen laut.

Bedrohung durch Kriminalität in Osteuropa

BUKAREST: Steigende Kriminalität im Osten Europas bedroht nach Erkenntnissen von Interpol auch die EU-Mitgliedstaaten und die Schweiz. Kriminelle Gruppen auf dem Balkan hätten aus dem Chaos nach dem Zusammenbruch des Kommunismus Kapital geschlagen und blühten nun auf. Dies sagte die technische Interpol-Beraterin Isabelle Arnal am Donnerstag in Bukarest. Voraussichtlich entwickle sich der Balkan in den nächsten Jahren zum bevorzugten Standort für das internationale Verbrechen.

Lkw-Fahrer des Totschlags beschuldigt

LONDON: Nach dem Erstickungstod von 58 chinesischen Flüchtlingen in einem Lastwagen haben britische und niederländische Polizisten insgesamt fünf Personen festgenommen. Der Lkw-Fahrer ist des 58-fachen Totschlags beschuldigt worden. Dem Fahrer wurde ferner Mithilfe zur illegalen Einreise vorgeworfen, wie die britische Polizei weiter mitteilte.

PARIS: Liechtenstein, Israel, Russland und Libanon befinden sich auf einer Schwarzen Liste von 15 Staaten, die die Geldwäscherei mangelhaft bekämpfen. Die Schweiz gehörte nicht zu den vom Geldwäscherei-Ausschuss (FATF) der 26 reichsten Industriestaaten untersuchten Ländern.

In dem Bericht tauchen auch die Bahamas-, die Cook-, die Cayman- oder die Marshall-Inseln auf. Als weitere potenzielle Finanzparadiese für illegale Gelder aus kriminellen Machenschaften zählt der Ausschuss auf: Panama, Dominikanische Republik, die Philippinen, das Pazifik-Eiland Nauru, die Neuseeland angeschlossene autonome polynesischen Insel Niue sowie die karibische Inselstaaten St. Kitts und Nevis (früher: Christopher und Nevis), St. Vincent und die Grenadinen.

Die Arbeitsgruppe Financial Action Task Force on Money Laundering (FATF) hatte die Veröffentlichung der Liste seit Monaten angekündigt, um Druck auf diese Staaten auszuüben.

Die «Task Force» hatte auf der Basis von 25 verschiedenen Kriterien 26 Länder geprüft, darunter auch Monaco. Obwohl es gerade in einem französischen Bericht als «die Geldwäsche begünstigend» eingestuft worden war, wird das Fürstentum nicht in der Liste aufgeführt.



Monaco wird als «die Geldwäsche begünstigend» eingestuft, erscheint jedoch nicht auf der Schwarzen Liste. Ein Bericht über die Rolle Monacos wurde gestern angeordnet. (Bild: Keystone)

Der französische Wirtschafts- und Finanzminister Laurent Fabius kündigte unterdessen Sanktionen gegen die genannten Staaten an, die bis zum Abbruch aller Finanzbeziehungen reichen könnten. Fabius ordnete in seinem Ministerium ebenfalls einen Bericht über die angebliche Rolle Monacos als Drehscheibe für Geldwäsche an.

Fabius forderte die Abteilung für den Staatshaushalt nach Angaben vom Donnerstag ferner auf, zu einem Parlamentsbericht Stellung zu nehmen, der im Zusammenhang mit dem Vorwurf die Prüfung von Vereinbarungen zwischen Frankreich und Monaco verlangt. Der Leiter der Schweizer Delegation bei der Task Force, Giovanni Colombo vom Eidg. Finanzdepartement (EFD), sagte, die Schweiz sei nicht unter den geprüften Staaten gewesen. Sie habe die Prüfung jedoch schon zweimal gut bestanden. In der Schweiz verpflichtet das Geldwäschereigesetz Banken und andere im Finanzbereich tätige Kreise, dass sie ihre Kunden kennen. Dank dieses Gesetzes sei auch das Bankgeheimnis kein Hindernis bei Ermittlungen.

Regierungskrise beigelegt

JERUSALEM: Die israelische Regierungskrise ist am Donnerstag beigelegt worden. Die jüdisch-orthodoxe Schas-Partei zog 20 Minuten vor Ablauf der Frist die Rücktrittserklärungen ihrer vier Minister zurück, nachdem der linke Bildungsminister Jossi Sarid sein Amt niedergelegt hatte. Die Schas-Partei macht ihn dafür verantwortlich, dass ihre Privatschulen keine neuen staatlichen Beihilfen mehr bekommen. Ein Austritt der Schas aus der Koalition hätte Ministerpräsident Ehud Barak die Mehrheit im Parlament gekostet. Mit Sarid verliess zwar auch dessen Meretz-Partei die Koalition, doch will sie die Koalition im Parlament unterstützen, um die Friedensverhandlungen mit den Palästinensern nicht zu gefährden.

Arafat beschwert sich

UNO-Generalsekretär Annan im Nahen Osten

RAMALLAH: Palästinenser-Präsident Jassir Arafat hat sich am Donnerstag bei UNO-Generalsekretär Kofi Annan über israelische Pläne beschwert, die Besatzungstruppen im Westjordanland zu verstärken. Dies erhöhe das Risiko neuer Konfrontationen. Nach einem einstündigen Gespräch mit Annan sagte Arafat, er habe die EU, die Vereinten Nationen und die USA vor der Gefahr gewarnt, die dieser Schritt mit sich brächte. Annan sagte zu, die Vereinten Nationen würden «alles tun, den Friedensprozess zu unterstützen, da wir einen gerechten und umfassenden Frieden in der Region brauchen». Bei seinem Treffen mit Annan meinte Arafat, israelische Truppenverstärkungen erhöhten das Risiko neuer Konfrontationen. Die Zahl der Soldaten in den besetzten Gebieten soll nach Plänen der Armeeführung in den kommenden Wochen vergrössert werden, weil in Jerusalem mit schweren Ausschreitungen gerechnet wird, falls die Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern über ein Friedensabkommen scheitern. Am Morgen war Annan zunächst nochmals mit dem israelischen Ministerpräsident Ehud Barak zusammengetroffen, um - wie es hiess - einige verbliebene Probleme beim Grenzverlauf zwischen Israel und Libanon nach dem Abzug der israelischen Truppen aus Süd-Libanon zu besprechen. Barak hatte am Mittwoch die Ansicht geäussert, die Streitigkeiten mit Libanon wegen der neuen Grenze könnten «innerhalb von 24 bis 36 Stunden» beigelegt werden.

Tschechen keine Lösung

MOSKAU: Ein tschechischer Diplomat hat am Donnerstag in Moskau erklärt, dass die Verhandlungen zwischen der Tschechien und den Palästinensern über ein Friedensabkommen scheitern. Am Morgen war Annan zunächst nochmals mit dem israelischen Ministerpräsident Ehud Barak zusammengetroffen, um - wie es hiess - einige verbliebene Probleme beim Grenzverlauf zwischen Israel und Libanon nach dem Abzug der israelischen Truppen aus Süd-Libanon zu besprechen. Barak hatte am Mittwoch die Ansicht geäussert, die Streitigkeiten mit Libanon wegen der neuen Grenze könnten «innerhalb von 24 bis 36 Stunden» beigelegt werden.

Truppenabzug ausgeschlossen

US-Aussenministerin Albright in Peking

PEKING: Trotz der Annäherung zwischen den beiden Koreas werden die USA ihre Truppen nicht aus Südkorea abziehen. Dies erklärte US-Aussenministerin Madeleine Albright am Donnerstag während ihres Besuchs in China.

Albright nannte den innerkoreanischen Gipfel vor den Medien «historisch», betonte aber: «Wir wären naiv anzunehmen, dass damit alles erledigt ist.» Albright reist an diesem Freitag nach Südkorea weiter, wo 37 000 amerikanische Soldaten stationiert sind.

«Wir sind uns ziemlich einig, dass unsere Truppen ein stabilisierender Faktor sind.» Das Thema sei in Peking nicht einmal angesprochen worden. Die US-Aussenministerin traf nach ihrem Amtskollegen Tang Jiaxuan auch Regierungschef Zhu Rongji und Staats- und Parteichef Jiang Zemin.

Sie drängte China, mit Taiwan den Dialog wieder aufzunehmen. Es liege an beiden Seiten, auf welcher

Ebene. «Es ist wichtig für sie, die angemessene Ebene und die Kanäle zu finden.» Wichtig sei aber für die USA, dass es einen friedlichen Dialog gebe. Peking müsse den neu gewählten Präsidenten Taiwans, Chen Shui-bian, kennenlernen. Meinungs-

verschiedenheiten gab es über die Pläne der USA, ein Raketenabwehrsystem zu entwickeln. Der Sprecher des Aussenministeriums, Zhu Bangzao, kritisierte, damit werde das weltweite strategische Gleichgewicht untergraben.



US-Aussenministerin Madeleine Albright traf gestern mit Staats- und Parteichef Jiang Zemin zusammen. (Bild: Keystone)

Kabala will keinen Frieden

KINSHASA: Die Kongo-Kriegsgegner haben am Donnerstag in Kinshasa erklärt, dass sie keine Verhandlungen mit den Kongo-Armeeangehörigen führen werden. Die Kongo-Kriegsgegner haben am Donnerstag in Kinshasa erklärt, dass sie keine Verhandlungen mit den Kongo-Armeeangehörigen führen werden.